

Bremer Schulkonsens wird bis 2028 fortgeführt

Parteivorsitzende von SPD, CDU, den Grünen und den Linken sind sich einig: Das Land braucht ein stabiles Schulsystem

Der erste Bremer Schulfrieden wurde im Dezember 2008 von CDU, SPD und Grünen beschlossen. Das Modell sorgte bundesweit für Aufsehen. Die Parteivorsitzenden von SPD, CDU, den Grünen und den Linken sind sich nach intensiven Gesprächsrunden über eine Fortsetzung und Weiterentwicklung einig. „Angesichts der Herausforderungen, vor denen das Land Bremen steht, ist es notwendig, den Konsens zur Schulentwicklung fortzuführen. Deshalb soll an der zweigliedrigen Schulstruktur und der schulartenspezifischen Umsetzung der Inklusion auch in den kommenden zehn Jahren bis 2028 nicht gerüttelt werden. Die Schulen und Kollegien brauchen Verlässlichkeit und Stabilität, um eine qualitative Weiterentwicklung zu ermöglichen“, erklärten die Parteivorsitzenden von SPD, CDU, den Grünen und den Linken und werden ihren Gremien daher die Fortführung des Schulkonsenses empfehlen.

Einig sind sich die Parteispitzen auch darüber, dass das System besser und vor allem im Hinblick auf Stadtteile in schwierigen sozialen Lagen bedarfsgerechter ausgestattet werden muss. Dafür werde eine personelle und investive Ressourcenausstattung angestrebt, die sich am Durchschnitt der Schüler-Pro-Kopf Ausgaben der anderen beiden Stadtstaaten orientiere. Zudem müsse die Qualität unter anderem durch eine datenbasierte Schul- und Unterrichtsentwicklung angehoben werden. Dies könne nur mit einer Entlastung der Kollegien und einer Stärkung der Schulleitungen einher gehen. Auch in diesem Bereich wollen wir uns an den anderen Stadtstaaten orientieren.

„Oberstes Ziel bleibt dabei die Leistungsfähigkeit des bremischen Schulsystems so zu verbessern, dass die starke soziale Abhängigkeit von Elternhaus und Bildungserfolg gemindert wird und das Land Bremen hinsichtlich der erreichten Kompetenzniveaus national und international den Anschluss findet. Den Schülerinnen und Schülern soll der individuell bestmögliche Lernerfolg ermöglicht werden“, heißt es in dem gemeinsamen Text.

Grundlage für den bleibenden Schulfrieden sind der 1. Bremer Schulkonsens und die Empfehlungen der Expertenkommission, die das „neue Bremer Schulsystem“ evaluiert hatte. Die Bildungswissenschaftler bestätigten mit den Ergebnissen im März 2018, dass sich das zweisäulige System aus Oberschulen und Gymnasien etabliert habe und die Inklusion akzeptiert sei. Wichtig sei nun die Weiterentwicklung der Schulen und des Unterrichts, so die Experten.

In insgesamt zehn Punkten wird in der Fortführung des Bremer Schulkonsenses auf diese Empfehlungen und Erfordernisse, die eine Weiterentwicklung ermöglichen, ausführlich eingegangen. So sprechen sich die Parteivorsitzenden unter anderem für mehr Personal an den Schulen (eine Versorgung von 105 Prozent innerhalb der nächsten fünf Jahre), eine Ausweitung der durchgängig zu gestaltenden Sprachförderung mit früher als bisher durchgeführten Sprachstandsfeststellungen, Doppelbesetzungen an Grundschulen in Stadtteilen in schwieriger sozialer Lage, die Etablierung multiprofessioneller Teams und Schulsozialarbeit als Landesaufgabe an jeder Schule aus. Zudem sollen die zusätzlichen Ressourcen für die Förderung von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem

Förderbedarfen, neu zugewanderten Schülerinnen und Schüler und solchen mit Förderbedarfen aufgrund sozialer Benachteiligung zeitnah und vollständig ausgebildet werden. Allen Schulen im Lande Bremen wird ein Entwicklungspfad zur Ganztagschule mit Schwerpunkt auf der gebundenen Form aufgezeigt. Das nichtunterrichtende Personal soll für beide Kommunen durch das Land finanziert werden.

Die Parteivorsitzenden gehen in dem Konsens-Papier auch auf die Beruflichen Schulen ein, deren bauliche Situation zeitnah verbessert und deren Ausstattung an den technischen Stand der Ausbildungsberufe angepasst werden müsse.

Die Schulen in freier Trägerschaft sind – so sind sich die Spitzen ebenfalls einig – Bestandteil des Bildungssystems, leisten einen Beitrag zur Vielfalt des Bremischen Schulwesens und sollen zu den im Konsens verabredeten Verfahren eingeladen werden.

„Wir freuen uns sehr, dass die Fortführung des Konsenses gelungen ist. Damit werden den Rahmenbedingungen für das Bildungssystem des Landes Bremen für die kommenden zehn Jahre wichtige Impulse gegeben. Die Kinder und Jugendlichen unseres Landes sollen somit gute Bedingungen für ihren Bildungsweg und eine individuelle Förderung haben. Wir wollen mit dem Konsens die Akteure vor Ort in den Schulen unterstützen und stärken. Den Lehrkräften und dem nichtunterrichtenden Personal gilt unser besonderer Dank“, so die Parteivorsitzenden, die sich auch auf eine weitere Evaluierung nach sieben Jahren einigten.